



**Institut für
Ökonomische Bildung**



Fachbereich 04: Wirtschaftswissenschaften

IÖB-Diskussionspapier

Nr. 4/06

Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung

Heiko Peters

IÖB-Diskussionspapier Nr. 4/06

Juli 2006

ISSN 1860-8159

Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung

Heiko Peters

The optimum currency area theory and EU-Enlargement

Abstract:

The first step towards integration of the ten new member countries of the European Union was their accession. The second step will be their integration into the European Monetary Union. Here, they have to give up their own monetary policy in favour of complying with the monetary policy of the European Central Bank. The exchange rate as a shock absorber is not available anymore. The expected costs of accession to a monetary union are typically derived by optimum currency area theory. According to optimum currency area theory one can divide the new member countries into two groups. For the first group – Slovenia, Czech Republic, Hungary, Cyprus and Malta – the accession costs are lower than for the second group – Poland, Latvia, Lithuania, Estonia and Slovakia. So the accession of the second group should be postponed until a stronger economic adjustment toward the European Monetary Union is reached.

Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung

Zusammenfassung:

Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer zur Europäischen Union war der erste Integrationsschritt in Richtung Europäische Union. In einem zweiten Schritt werden diese Länder in den kommenden Jahren Mitglieder der Europäischen Währungsunion und damit den Euro als offizielles Zahlungsmittel einführen. Damit geben diese Länder ihre nationale Geld- und Währungspolitik auf und somit wird der Wechselkurs als Anpassungsinstrument gegen exogene Schocks wegfallen. Die erwarteten Kosten des Beitritts zu einem Währungsraum werden typischerweise mit der Theorie optimaler Währungsräume bestimmt. Nach einer theoretischen Darstellung der Kriterien wird deren Erfüllung für jedes der Länder geprüft. Die Höhe der Kosten ist in den zehn neuen Mitgliedsländern sehr unterschiedlich verteilt. Es lassen sich zwei Gruppen - Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern und Malta - und - Polen, Lettland, Litauen, Estland und die Slowakei - bilden. Für die erste Gruppe wird der Beitritt nur geringe Anpassungskosten hervorrufen. Für die zweite Gruppe werden diese deutlich höher sein und ein Beitritt sollte bis zu einer fortgeschritteneren Anpassung an die bisherigen Mitglieder der Währungsunion abgewartet werden.

Im Internet unter:

http://www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb/downloads/forschen/paper/IOEB_DP_04_2006.pdf

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Institut für Ökonomische Bildung
Schlossplatz 4
48149 Münster

Tel: 0251/ 83-24303 (Sekretariat)
E-Mail: iob1@uni-muenster.de
Internet: www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Theorie optimaler Währungsräume	3
2.1	Übersicht	3
2.2	Traditionelle Kriterien	6
2.3	Moderne Kriterien	10
3	Eurozone und neue EU Mitgliedsländer	13
3.1	Anwendung der traditionellen Kriterien	13
3.2	Anwendung der modernen Kriterien	20
3.3	Ergebnisse der OCA Prüfung	24
4	Fazit	25
5	Literaturverzeichnis	26

Abbildungsverzeichnis

1	Kriterien der Theorie optimaler Währungsräume	4
2	Offenheitsgrad (EX+IM/BIP) 2005	16
3	Anteil des Handels mit der EU 15 am Gesamthandel 2004	17
4	Anteil der Wertschöpfung der Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen am BIP (in %) 2005	18
5	Vertrauen der Bevölkerung in die EU sowie die nationalen Regierungen 2004	23

Tabellenverzeichnis

1	Regionale Arbeitslosenquotendifferenzen Europa 2004 und USA 2005 . .	14
2	Ausmaß von asymmetrischen Schocks zwischen den MOEL und der EU12	19
3	Korrelation von Angebots- und Nachfrageschocks zwischen den MOEL und der EU12	20
4	Korrelationsmatrix für 1995:Q1 bis 2005:Q4	21
5	Übersicht über Ergebnisse der OCA Prüfung	24

1 Einleitung

Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn sowie die beiden Mittelmeerinseln Malta und Zypern – zur Europäischen Union ist der erste Schritt in Richtung der Aufnahme dieser in die Europäische Währungsunion. Der erste Beitritt zur Europäischen Währungsunion wird am 01.01.2007 mit Slowenien erfolgen.¹ Für Slowenien und für die in den kommenden Jahren beitretenden Länder stellt sich die Frage, ob für diese Länder die anstehende Währungsintegration mit der EU12 optimal ist. Es ist zu erwarten, dass sich die an einem Integrationsprozess beteiligten Länder zu einer Währungsunion zusammenschließen, wenn für diese die Vorteile der monetären Integration die Nachteile überwiegen.² Bei der Durchführung einer ökonomischen Kosten- und Nutzenanalyse über den Beitritt eines Landes zu einer Währungsunion gibt es Einschränkungen. Zum einen existiert kein einheitliches Meinungsbild unter Ökonomen für die Bestimmung der Kosten und des Nutzens eines Währungsunionsbeitritts und zum anderen ist insbesondere im Fall der MOEL kein zufriedenstellendes Modell vorhanden, das die Schätzung aller relevanten Effekte in einem Gesamtzusammenhang erlaubt. Gegen diesen Einwand ist ein pragmatischer Ansatz, der den Fokus auf die wichtigsten Effekte legt und diese einzeln beurteilt, am besten für die Abschätzung der Vor- und Nachteile eines Währungsunionsbeitritts geeignet.³ Da mit der Teilnahme an einer Währungsunion die teilnehmenden Länder ihre nationale Geld- und Währungspolitik aufgeben, fällt damit deren Einsatz als Anpassungsmechanismus einer Volkswirtschaft im Zuge von internen und externen Störungen weg. Daher sind die Vor- und Nachteile der Aufgabe der Geld- und Währungspolitik auf Handels-, Wachstums- und Glaubwürdigkeitseffekte zu diskutieren.⁴

Für die Gründung, bzw. den Beitritt, zu einer Währungsunion lassen sich drei Hauptpunkte anführen:⁵ 1. Mit der Teilnahme an einer Währungsunion wird das Risiko einer Währungskrise deutlich verringert. 2. Es werden durch den Wegfall der Transaktionskosten beim Währungsumtausch und verringerte Wechselkursunsicherheit der Handel zwischen den Teilnehmern, die Investitionen und das Wachstum gesteigert. 3. Die Aussicht auf die Teilnahme an einer Währungsunion hat positive Glaubwürdigkeitseffekte. Neben diesen drei Haupteffekten werden die Geldfunktionen positiv beeinflusst. Eine Ausdehnung des offiziellen Zahlungsraumes des Geldes durch die Gründung einer Währungsunion mit Gemeinschaftswährung verbessert die Geldfunktion als allgemeines Tauschmittel durch verringerte Transaktionskosten, als Wertspeicher durch die geringere Unsicherheit und als allgemein verwendete Recheneinheit durch niedrigere Informationskosten.⁶

¹Vgl. o.V. (2006), S.12.

²Vgl. Jochimsen (1998), S.73f.

³Vgl. Backe, Wojcik (2002), S.4.

⁴Vgl. Konrad (2002), S.124.

⁵Vgl. Backe, Wojcik (2004), S.12.

⁶Vgl. Weimann (2003), S.7.

Die Kosten der Teilnahme an einer Währungsunion werden üblicherweise mit der Theorie optimaler Währungsräume (OCA Theorie) abgeschätzt.⁷ Wie hoch das Ausmaß der Kosten des zukünftigen Beitritts zur Europäischen Währungsunion für die zehn neuen Mitgliedsstaaten ist, ist Gegenstand dieser Arbeit. Im nächsten Gliederungspunkt wird die Theorie der optimalen Währungsräume kurz dargestellt. Anschließend werden für die einzelnen Mitgliedsländer die verschiedenen Kriterien geprüft. Die Kosten sind sehr unterschiedlich verteilt, so dass für einige neue Mitgliedsländern der Beitritt zur Europäischen Währungsunion mit erheblichen Kosten verbunden sein wird. Für andere wird es einen problemlosen Beitritt geben. Abschließend folgt ein Fazit.

2 Theorie optimaler Währungsräume

2.1 Übersicht

Die OCA Theorie stellt den Standardansatz zur Beurteilung der Kostenseite der Einführung der Gemeinschaftswährung im Zuge der Teilnahme an einer Währungsunion dar.⁸ Die Vorteile einer Währungsunion steigen mit der geographischen Gebietsgröße. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Währungsunion mit zunehmender Größe heterogener wird und dies wiederum Kosten verursacht. Die Zentralbank der Währungsunion kann nicht auf lokale Bedingungen eingehen. Wenn die Währungsunion hauptsächlich symmetrischen Schocks⁹ ausgesetzt ist oder Mechanismen für die Anpassung nach asymmetrischen Schocks vorhanden sind, lässt sich die gemeinsame Geldpolitik im Allgemeinen problemlos durchführen. Mit dem Auftreten von asymmetrischen Schocks können jedoch erhebliche Kosten entstehen.¹⁰

Ob die Einführung einer Gemeinschaftswährung und die Übergabe der Geldpolitik an eine gemeinsame Zentralbank mit erheblichen Kosten verbunden ist oder nicht, lässt sich mit Kriterien der OCA Theorie beantworten, die sich in traditionelle und moderne Kriterienkategorien unterteilen lassen (siehe Abbildung 1).¹¹ Dabei werden bei den traditionellen Kriterien – Arbeitsmobilität, Flexibilität der Löhne und Preise, Offenheitsgrad, Diversifikationsgrad, Fiskaltransfer und Schockart – vorrangig mikroökonomische Kriterien behandelt. Die modernen Kriterien – Kapitalmobilität, Konjunkturzyklus, Preisstabilität, Fiskalpolitik und politische Zielsetzung – sind dagegen hauptsächlich makroökonomisch orientiert.

⁷Vgl. Backe, Wojcik (2002), S.5.

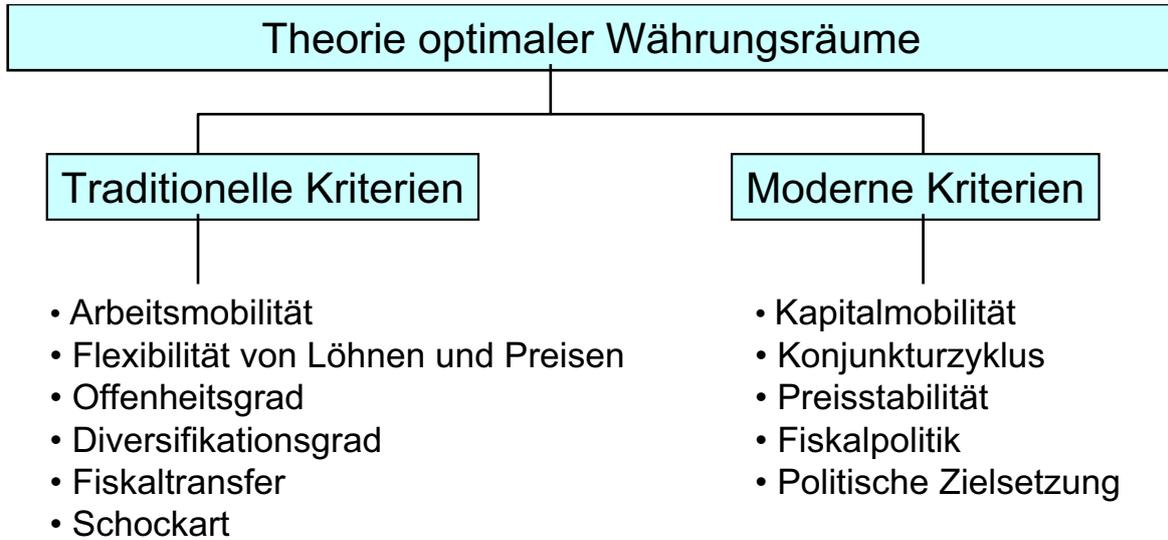
⁸Vgl. Backe, Wojcik (2002), S.6.

⁹Oder asymmetrischen Schocks mit symmetrischer Wirkung.

¹⁰Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.331.

¹¹Vgl. Konrad (2002), S.124f.

Abbildung 1 Kriterien der Theorie optimaler Währungsräume



Quelle: In Anlehnung an Konrad, Ingo (2002), S.125

Die Theorie optimaler Währungsräume sah sich seit den 90er Jahren zunehmender Kritik aus drei theoretischen Richtungen ausgesetzt.¹² Das erste Argument betrifft die Endogenität der Kriterien der OCA Theorie. Der Beitritt zu einer Währungsunion erhöht den bilateralen Handel und damit die Integration der Handelspartner. Dies synchronisiert die Konjunkturverläufe und verringert damit das Ausmaß asymmetrischer Schocks und führt ex post zu einer Abschwächung der Kosten des Währungsunionbeitritts.¹³

Zweitens profitieren Länder, die einem asymmetrischen Schock ausgesetzt sind, von der Risikoteilung durch die Währungsunion. Mit einer Gemeinschaftswährung wird die Portfoliodiversifikation erhöht.¹⁴ Die erhöhte Diversifikation ermöglicht eine reibungslosere Anpassung an asymmetrische reale Schocks zu geringeren Kosten. Der Grund dafür ist, dass innerhalb der Währungsunion ein von einem asymmetrischen Schock getroffenes Land den Verlust mit dem Handelspartner teilen kann, da gegenseitige Forderungen auf den Output des anderen Landes bestehen.¹⁵

Beim dritten Argument ist der Wechselkurs selber ein Schockauslöser anstatt eines Schockabsorbers. Dies gilt besonders für kleine Volkswirtschaften. Selbst wenn asym-

¹²Vgl. Backe, Wojcik (2004), S.7.

¹³Vgl. Frankel, Rose (1998), S.3f.

¹⁴Da bei einem System flexibler Wechselkurse sich dieser wie ein Random Walk verhält und bei einem Festkurssystem das Risiko einer Aufgabe von diesem besteht, überzeugt nur eine gemeinsame Währung die Finanzintermediäre über nationale Grenzen hinweg genauso stark wie innerhalb des eigenen Landes zu diversifizieren. Vgl. McKinnon (2001), S.15.

¹⁵Vgl. McKinnon (2001), S.5.

metrische reale Schocks auftreten, ist der Wechselkurs entweder ein ineffektives Anpassungsinstrument oder der positive Effekt wird durch die Kosten der Wechselkursvolatilität übertroffen. Dabei kann es im schlimmsten Fall zu Währungskrisen mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten kommen.¹⁶

Bei diesen Kritikpunkten stellt sich die Frage, ob die Argumente Gültigkeit besitzen und ob die OCA Theorie noch für die Kostenbestimmung der Währungsunionsteilnahme geeignet ist.¹⁷ Die Endogenitätshypothese sollte nicht überbewertet werden. Zum einen gilt die Endogenität nicht in jedem Fall, und zum anderen kann diese auch in die Gegenrichtung wirken. Mit stärkerer Handelsintegration könnte eine Spezialisierung auf die Güter stattfinden, bei denen das jeweilige Land einen komparativen Vorteil besitzt.¹⁸ Gleichzeitig steigt die Anfälligkeit für industriespezifische Schocks und die daraus resultierende Auseinanderbewegung der Konjunkturzyklen.¹⁹ Des Weiteren vergeht ein langer Zeitraum, bis sich der Endogenitätseffekt einstellt und der Effekt ist zwischen den einzelnen Ländern unterschiedlich verteilt.²⁰

Mit dem Risikoteilungsargument wird eine vollkommene Portfoliodiversifikation angenommen. Mit einer Gemeinschaftswährung wird zwar die Portfolioinvestition über die nationalen Grenzen hinweg verstärkt, jedoch sprechen andere Gründe für einen „Home Bias“.²¹ Aus diesen Gründen dürfte eine fast vollkommene Portfoliodiversifikation erst mittel- bis langfristig eintreten. Zum heutigen Zeitpunkt und in der nahen Zukunft beeinflusst das Risikoteilungsargument die Kosten- und Nutzenabwägung nicht.²²

Zu dem Wechselkursargument lässt sich sagen, dass in kleinen offenen Volkswirtschaften die Geld- und Währungspolitik nicht effektiv für eine Glättung der zyklischen Fluktuation eingesetzt werden kann. Aber die Wechselkurspolitik kann eingesetzt werden, um andauernde Fehlbewertungen der Währung zu beheben. Insbesondere wenn Lohn- und Preisanpassungen aufgrund von Rigiditäten größere Anpassungskosten verursachen. Die Effektivität des Wechselkurseinsatzes hängt von der Konsistenz und Glaubwürdigkeit des gesamten Politikmixes eines Landes ab.²³

Damit kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die OCA Theorie für die Abschätzung der Kosten einer Währungsunionsteilnahme Gültigkeit besitzt.²⁴

¹⁶Vgl. Backe, Wojcik (2002), S.6.

¹⁷Vgl. Backe, Wojcik (2004), S.8.

¹⁸Dies ist die „Krugmans specialisation hypothesis“, die für die Entwicklung der USA in den letzten Jahren eine immer stärkere Spezialisierung der einzelnen Bundesstaaten auf die Produktion der Güter findet, bei denen die komparativen Vorteile liegen. Vgl. Mongelli (2002), S.28.

¹⁹Vgl. Frankel, Rose (1998), S.2.

²⁰Vgl. Backe, Wojcek (2004), S.9.

²¹Marktsegmentierung findet innerhalb eines Landes statt, die volle Harmonisierung der Regulierung der Finanzdienstleistungen ist ein langandauernder Prozess, Unterschiede im Steuersystem, adäquate Risikobewertung (verschiedene Insolvenzgesetze) und bisher nicht erfolgte Konsolidierung der Finanzinfrastruktur.

²²Vgl. Backe, Wojcek (2004), S. 8.

²³Vgl. Backe, Wojcek (2004), S.10.

²⁴Vgl. Backe, Wojcek (2004), S.10.

2.2 Traditionelle Kriterien

Die traditionellen Kriterien – Arbeitsmobilität, Flexibilität der Löhne und Preise, Offenheitsgrad, Diversifikationsgrad, Fiskaltransfer und Schockart – sind hauptsächlich mikroökonomische Kriterien. Damit orientieren sie sich an der Geeignetheit des Wechselkurses als Anpassungsinstrument auf Veränderungen der Angebots- und Nachfragebedingungen.

Arbeitsmobilität: Um die Auswirkungen der Bildung eines einheitlichen Währungsgebietes zu veranschaulichen definiert Mundell 1961 eine Region. Diese ist eine durch eine einheitliche Produktionsstruktur und interne Faktormobilität gekennzeichnete ökonomische Einheit. Flexible Wechselkurse sind zu bevorzugen, wenn diese sich auf Regionen und nicht auf Länder beziehen.²⁵ Dies folgt aus der Betrachtung von zwei Ländern A und B. Diese haben jeweils ihre nationalen Währungen und flexible Wechselkurse. Das Gebiet wird in die Regionen Ost und West unterteilt. Im Osten und Westen werden unterschiedliche Güterbündel hergestellt.²⁶ Zwischen Ost und West herrscht Faktorimmobilität und die Produktivität steigt im Osten. Dies führt zu einem Überschussangebot an Ostgütern und einer Überschussnachfrage der Westgüter. Daher steigt im Osten die Arbeitslosigkeit und im Westen die Inflation. Um die Arbeitslosigkeit im Osten zu senken, wäre eine expansive Geldpolitik beider Länder nötig, doch damit stiege der Inflationsdruck im Westen. Die Inflation im Westen könnte durch eine restriktive Geldpolitik in beiden Ländern reduziert werden, würde aber im Osten zusätzliche Arbeitslosigkeit verursachen. Regionale Ungleichgewichte lassen sich nicht gleichzeitig im Westen und im Osten durch flexible Wechselkurse beseitigen. Wenn Regionen anstelle von Ländern ausgewählt werden, sorgen flexible Wechselkurse zwischen Ost und West für ein internes und externes Gleichgewicht in beiden Regionen. Der optimale Währungsraum ist daher eine Region.²⁷ Wenn die Faktormobilität nun zwischen Regionen mobil ist, dann könnten Preisstabilität und Vollbeschäftigung für verschiedene Regionen innerhalb der Länder A und B hergestellt werden. Die interregionale Mobilität des Faktors Arbeit sorgt für eine Wanderung der Arbeitskräfte von Ost nach West. Dies beseitigt die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt in beiden Regionen. Gleichzeitig verbessert sich die Handelsbilanz des Ostens durch eine Steigerung des Exports und die Handelsbilanz des Westens verschlechtert sich durch eine Steigerung der Importe. Damit wird ein externes und internes Gleichgewicht wiederhergestellt. Mit hinreichend hoher Arbeitsmobilität bildet der Osten mit dem Westen nach Mundell einen optimalen Währungsraum. Daher sind die Kosten einer Währungsunion im Zuge von asymmetrischen Störungen umso geringer, je höher die Arbeitsmobilität in einem Land mit nach unten rigiden Preisen und Löhnen ist.²⁸

²⁵Vgl. Mundell (1961), S.660.

²⁶In der kurzen Frist werden nach unten rigide Preise und Löhne angenommen. Vgl. Mundell (1961), S. 657.

²⁷Vgl. Mundell (1961), S.660.

²⁸Vgl. Mundell (1961), S.661f.

Flexibilität von Löhnen und Preisen: Wenn Preise und Löhne zwischen und innerhalb von Ländern, die einen gemeinsamen Währungsraum bilden, flexibel sind, geht die Anpassung nach einer Änderung der Angebots- oder Nachfragebedingungen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit ohne nachhaltige Arbeitslosigkeit in dem einen und Inflation in dem anderen Land einher. Wenn beispielsweise Land A und B einen Währungsraum bilden und eine Nachfrageverschiebung von Land B hin zu Land A auftritt, entsteht in Land B ein Angebotsüberschuss und in Land A ein Nachfrageüberschuss. Dies hätte bei starren Preisen in Land B eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge und in Land A eine erhöhte Inflation. Wenn jedoch Preise und Löhne flexibel sind, sinken die Löhne und Preise in Land B bis der Angebotsüberschuss beseitigt ist. In Land A steigen die Preise und Löhne bis der Nachfrageüberschuss abgebaut ist.²⁹ Mit dieser Veränderung der Preise und Löhne in Land A und B ist in beiden Ländern ein neues Gleichgewicht hergestellt.³⁰ Bei vollkommenen flexiblen Löhnen und Preisen findet durch eine Preisveränderung damit sofort eine Anpassung an die veränderte Angebots- oder Nachfragesituation statt. Damit wird der nominale Wechselkurs nicht mehr als Anpassungsinstrument benötigt. Wenn die Preise und Löhne nach unten rigide sind, dann kann ein gewisses Maß an realer Flexibilität durch eine Wechselkursanpassung erreicht werden. In diesem Fall verursacht die Wechselkursfixierung durch eine Teilnahme an einem Währungsraum Kosten. Preis- und Lohnflexibilität ist insbesondere für die sehr kurzfristige Anpassung an Angebots- und Nachfrageänderungen nötig. Permanente Schocks werden durch eine dauerhafte Änderung der realen Preise und Löhne ausgeglichen. Nach diesem Kriterium sind die Kosten der Teilnahme an einer Währungsunion umso geringer, je flexibler die Löhne und Preise (insbesondere nach unten) sind.³¹

Offenheitsgrad: McKinnon 1963 definiert einen optimalen Währungsraum als ein Gebiet, in dem die Geld- und Fiskalpolitik die Ziele Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht und Preisniveaustabilität möglichst gut erfüllen.³² Zusätzlich zu Mundell berücksichtigt McKinnon den Offenheitsgrad³³ bei der Bestimmung des optimalen Währungsraumes. Für das Inland stellt sich die Frage, ob es flexible oder feste Wechselkurse gegenüber dem Ausland³⁴ wählen sollte. Es wird angenommen, dass das Inland gegenüber dem Ausland klein ist. Des Weiteren ist der Anteil der handelbaren Güter relativ hoch zu den nicht handelbaren Gütern im Inland. Asymmetrische Nachfrageschocks im Sektor der handelbaren Güter führen bei flexiblen Wechselkursen und hoher Inlands-

²⁹Dabei wird eine normale Reaktion des aggregierten Angebots und der aggregierten Nachfrage auf Preisveränderungen unterstellt. Mit einer Preissteigerung sinkt danach die Nachfrage und bei einer Preissenkung steigt die Nachfrage.

³⁰Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.334f.

³¹Vgl. Mongelli (2002), S.9.

³²Vgl. McKinnon (1963), S.717.

³³Der Offenheitsgrad wird nach McKinnon als Quotient des Wertes der handelbaren und des Wertes der nicht-handelbaren Güter definiert. Vgl. McKinnon (1963), S.717.

³⁴Zur Vereinfachung wird das Ausland als Währungsgebiet mit einer Einheitswährung angenommen. Vgl. McKinnon (1963), S.718.

beschäftigung zu einer inländischen Preisniveauveränderung³⁵. Wenn beispielsweise die Nachfrage nach inländischen Exportgütern sinkt, wertet sich die Inlandswährung ab. Als Folge steigen die Inlandspreise der handelbaren Güter proportional zur Abwertungsrate. Damit verringert sich in der Funktion des Handelsbilanzausgleichs die heimische Absorption, die gegebenenfalls bei einem hohen inländischen Beschäftigungsstand durch eine restriktive Politik noch weiter sinkt.³⁶ Unter flexiblen Wechselkursen ist dabei das externe Gleichgewicht bei asymmetrischen Nachfrageschocks nicht mit dem Ziel der Preisniveaustabilität vereinbar. Mit festen Wechselkursen besteht in der Geld- und Fiskalpolitik im Inland eine Möglichkeit, den Handelsbilanzausgleich ohne Auswirkungen auf das Preisniveau zu erreichen.³⁷ Im Fall eines geringen Anteils der handelbaren Güter im Inland hängt damit automatisch das inländische Preisniveau zum größten Teil von der Veränderung der Preise der nicht-handelbaren Güter ab. In diesem Fall der geschlossenen Volkswirtschaft ist die Wahl flexibler Wechselkurse optimal. Bei einem Rückgang der Nachfrage nach handelbaren Gütern kann die inländische Handelsbilanz durch eine Abwertung der Inlandswährung verbessert werden. Eine mit dem Ziel der Vollbeschäftigung kompatible Politik zur Stabilisierung der Preise nicht-handelbarer Güter ist dann durchführbar. Nach McKinnon sind die Kosten eines Regimes fester Wechselkurse umso geringer, je höher der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft ist.³⁸

Diversifikationsgrad: Kenen 1969 unterscheidet zwischen der interregionalen Faktormobilität³⁹ und der Mobilität zwischen Industriesektoren.⁴⁰ Mit einer Veränderung der Handelsstruktur muss der Produktionsfaktoreinsatz zwischen den Industrien zur Herstellung eines externen Gleichgewichts und eines effizienten Ressourceneinsatzes entsprechend angepasst werden. Nach Kenen kann die Diversifikation der Produktion innerhalb eines Landes ein wichtigeres Kriterium als die Arbeitsmobilität für die Beurteilung der Optimalität von Währungsräumen sein.⁴¹ Beim Auftreten von asymmetrischen Nachfrageschocks verändern sich die Terms of Trade in sehr diversifizierten Ländern in einem geringeren Maße als dies bei Ländern der Fall ist, die nur einen geringen Anteil handelbarer Güter produzieren. Mit einer zunehmenden Produktdiversifikation nimmt die Wirkung von Nachfrageschocks auf die Beschäftigung im Inland ab. Da eine gut diversifizierte Volkswirtschaft viele Exportgütergruppen aufweist und sowohl Nachfrage- als auch Angebotsschocks nur einzelne dieser Gütergruppen treffen, ist die Auswirkung auf die Gesamtexporte beim Auftreten voneinander unabhängiger Störungen gering. Wenn jedoch zwischen den Exportgütergruppen eine Substitutionsbeziehung besteht, wirkt sich der Schock auf viele Exportgütergruppen aus und könnte einen erheblichen Einfluss entfalten. In diesem Fall ist ein externes Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung im Inland bei festen Wechselkursen nur mit einer hohen internationalen Faktormobilität

³⁵Das Preisniveau besteht aus der Summe der mit dem wertmäßigen Anteil am BIP gewichteten Güterpreise der handelbaren und nicht-handelbaren Güter.

³⁶Vgl. McKinnon (1963), S.719f.

³⁷Vgl. McKinnon (1963), S.720.

³⁸Vgl. McKinnon (1963), S.720ff.

³⁹Mundell bezog sich auf diesen Aspekt (siehe oben).

⁴⁰Vgl. Kenen (1969), S.43f.

⁴¹Vgl. Kenen (1969), S.47.

möglich. Die Kosten der festen Wechselkursbindung sind umso geringer, je höher der Diversifikationsgrad⁴² einer Volkswirtschaft ist.⁴³

Fiskaltransfer: Bei asymmetrischen Störungen in einem Land werden diese auch auf die anderen Länder des Währungsraums übertragen. Angenommen zwei Länder A und B bilden einen Währungsraum. Wenn in Land A eine negative Störung eintritt, dann führt dies zu einer rezessiven Tendenz verbunden mit einem Preis- und Lohnsenkungsdruck in Land A. In Land B führt dies tendenziell zu einem Boom und Inflationsdruck. Es ist daher im Interesse von Land B, Land A bei dem Ausgleich des Schocks zu helfen. Eine Möglichkeit besteht darin, dass Land B an Land A einen Finanztransfer leistet. Dieser verringert die Rezession in Land A sowie den Boom in Land B und wirkt somit stabilisierend.⁴⁴ Auch die Wirkung des temporären Schocks wird ausgeglichen.⁴⁵ Da Störungen zufällig auftreten, könnten die heutigen Zahler die morgigen Empfänger des Finanztransfers sein. Diese Transferzahlungen wirken demnach wie eine Versicherung gegen negative Störungen der Volkswirtschaft. Demnach bilden Länder, die darin übereinstimmen, sich gegenseitig im Falle von asymmetrischen Störungen durch Finanztransfers zu helfen, einen optimalen Währungsraum.⁴⁶

Schockart: Bei den eben genannten Kriterien entstehen die Kosten einer Wechselkursbindung hauptsächlich durch das Auftreten von volkswirtschaftlichen Störungen. Vor diesem Hintergrund ist die Schockart von besonderer Bedeutung.⁴⁷ Schocks⁴⁸ können in einem Währungsgebiet einerseits länderspezifisch, andererseits global oder sektorspezifisch auftreten. Bei einheitlichen globalen oder sektorspezifischen Schocks kann die Reaktion der Länder einheitlich oder unterschiedlich⁴⁹ ausfallen. Wenn die Reaktionen auf einheitliche Schocks gleich sind, liegen symmetrische Schocks vor. Dann kann die makroökonomische Stabilität durch eine Änderung des Wechselkurses des Währungsgebietes gegenüber dem Rest der Welt die makroökonomische Stabilität wieder herstellen.⁵⁰ Wenn die Reaktion der jeweiligen Länder auf einheitliche Schocks unterschiedlich ist oder länderspezifische Schocks auftreten, handelt es sich um asymmetrische Schocks.⁵¹ Bei dem Eingehen einer Währungsunion ist die Veränderung des nominalen Wechselkurses ausgeschlossen, so dass der länderspezifische Anpassungsbedarf durch Faktoradjustierungen oder Finanzierungsmaßnahmen abgebaut werden muss.⁵²

⁴²Im Falle von erheblichen Substitutionsbeziehungen der Exportgütergruppen ist dazu noch eine ausreichende Arbeitsmobilität nötig.

⁴³Vgl. Kenen (1969), S.49ff.

⁴⁴Beispielsweise löst eine Nachfrageverschiebung von Land A zu Land B eine solche Situation aus.

⁴⁵Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.339.

⁴⁶Vgl. Mongelli (2002), S.10.

⁴⁷Vgl. Konrad (2002), S.127.

⁴⁸Schocks sind typischerweise als die nicht vorhergesehene Entwicklung einer Variablen definiert. Vgl. Smeets (1993), S.122.

⁴⁹In diesem Fall handelt es sich um symmetrische Schocks mit asymmetrischer Wirkung. Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.334.

⁵⁰Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.333.

⁵¹Vgl. Smeets (1993), S.122.

⁵²Vgl. Smeets (1993), S.123.

Neben dieser Unterscheidung symmetrischer und asymmetrischer Schocks, kann eine Unterscheidung in angebots- und nachfrageseitige Schocks vorgenommen werden.⁵³ Dabei unterscheiden sich diese beiden Arten der Schocks nach dem Standardmodell des aggregierten Angebots und der aggregierten Nachfrage in ihrer Wirkung. Ein expansiver dauerhafter Nachfrageschock führt zu höheren Preisen und höherem Output in der kurzen Frist. Langfristig ergibt sich hingegen ein Anstieg des Preisniveaus bei unverändertem Output. Im Gegensatz dazu führt ein positiver Angebotschock zu positivem Output und negativem Preiseffekt, sowohl in der kurzen als auch in der langen Frist.⁵⁴ Neben diesen realen Schocks können nominale inländische Störungen auftreten. Dabei profitieren die jeweiligen Länder von einem Regime fester Wechselkurse mit dem Wechselkurs als nominalen Anker. Für den Fall von ausländischen nominalen Schocks ist zur Abschwächung von Übertragungseffekten jedoch ein System flexibler Wechselkurse vorzuziehen. Die Kosten der Wechselkursbindung sind umso geringer, desto seltener und je geringer ausländische nominale und reale (in- und ausländische) Schocks auftreten. Bei häufigen inländischen Störungen werden die Kosten ceteris paribus weiter gesenkt.⁵⁵

2.3 Moderne Kriterien

Die auf den traditionellen Kriterien aufbauenden modernen Kriterien – Kapitalmobilität, Konjunkturzyklus, Preisstabilität, Fiskalpolitik und politische Zielsetzung – sind hauptsächlich auf der makroökonomischen Ebene angesiedelt. Die Kriterien berücksichtigen sowohl monetäre Aspekte als auch weltwirtschaftliche Entwicklungen. Das Hauptaugenmerk liegt in der Beantwortung der Frage, ob die jeweiligen an einem Währungsraum teilnehmenden Staaten aufgrund gleichgerichteter Entwicklungen makroökonomischer Variablen und einer abgestimmten Wirtschaftspolitik auf den Wechselkurs als Anpassungsinstrument verzichten können.

Kapitalmobilität: Mit einer hohen Finanzmarktintegration kann die Notwendigkeit der Anpassung des Wechselkurses bei außenwirtschaftlichen Störungen reduziert werden. Temporäre externe Störungen können durch Kapitalzuflüsse abgeschwächt werden. Von Ländern mit negativem Leistungsbilanzsaldo kann dieser durch eine Kreditaufnahme bei Ländern mit positivem Leistungsbilanzsaldo ausgeglichen werden. Daneben gibt es noch die Möglichkeit, die Nettoauslandsposition für die Zeit des Schocks abzubauen und diesen Abbau danach wieder rückgängig zu machen. Mit der Kapitalbilanz erfolgt daher ein Ausgleich des Leistungsbilanzsaldos durch Kapitalströme.⁵⁶ Mit einem hochintegrierten Finanzmarkt werden attraktive Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen. Innerhalb des Währungsraumes kann jeder Investor und Kreditnehmer auf das Gesamtkapitalangebot dieses Gebietes zugreifen.⁵⁷ Auch kleine Zinsänderungen lösen Kapital-

⁵³Daneben könnte noch zwischen transitorischen und dauerhaften Schocks unterschieden werden.

⁵⁴Vgl. Frenkel, Nickel (2002), S.9.

⁵⁵Vgl. Konrad (2002), S.127f.

⁵⁶Vgl. Mongelli (2002), S.9.

⁵⁷Vgl. Terlau (2004), S.106.

ströme aus, die das Gleichgewicht wiederherstellen.⁵⁸ Dies reduziert die Unterschiede der langfristigen Zinssätze in einem Währungsraum und erleichtert die Finanzierung von externen Ungleichgewichten durch die Kreditaufnahme von anderen Ländern der Währungsunion. Aber auch die Effizienz der Ressourcenallokation wird verbessert.⁵⁹ Finanzielle Integration ist nicht für den Ausgleich dauerhafter Störungen geeignet. In solchen Fällen kann nur der langfristige Anpassungspfad geglättet werden. Feste Wechselkurse sind demnach bei hoher Kapitalmobilität und hoher Finanzmarktintegration vorteilhaft. Seit Ende der 80er Jahren herrscht unter Ökonomen oftmals die Auffassung, dass mit hoher Kapitalmobilität die Aufrechterhaltung von Mischformen völlig flexibler und fester Wechselkurssysteme nachhaltig erschwert wird und die Glaubwürdigkeit dieser Formen senkt. Daher ist nach dem Kapitalmobilitätskriterium die Beibehaltung eines festen, aber anpassungsfähigem Wechselkurssystem umso schwieriger, je mobiler der Faktor Kapital ist. Die Randlösungen – institutionell abgesicherte Festkurssysteme und völlig flexible Wechselkurse – sind bei vollkommener Kapitalmobilität vorzuziehen.⁶⁰

Konjunkturzyklus: Die Zentralbank einer Währungsunion kann bei dem Ziel der Preisniveaustabilität nicht auf länderspezifische Probleme eingehen.⁶¹ Länder in einer Boomphase benötigen eine restriktive Geldpolitik, um Überhitzungen zu vermeiden. Länder in einer Rezession eine expansive Geldpolitik, um schnell den Wirtschaftsumschwung zu erreichen. Bei besonders unterschiedlichen Konjunkturzyklenverläufen ergibt sich somit das Problem der gemeinsamen Geldpolitik, da diese nicht den Bedürfnissen aller einzelnen Ländern des Währungsraumes gleichzeitig nachkommen kann. In diesem Falle ist eine nationale Geldpolitik gefordert. Sind die Konjunkturzyklen jedoch synchronisiert, sollten die jeweiligen Länder auf die nationale Geldpolitik verzichten.⁶² Des Weiteren entstehen durch eine differente Konjunkturentwicklung unterschiedliche außenwirtschaftliche Salden, die eine Wechselkursanpassung erfordern. Aus diesem Grund kann auf die Währungspolitik umso eher verzichtet werden, je gleichläufiger die Konjunkturzyklen sind. Die Kosten einer Wechselkursbindung sind demnach umso geringer, je synchroner die Konjunkturverläufe der Mitgliedsländer eines Währungsraumes sind.⁶³

Preisstabilität: Bei symmetrischen Schocks entsteht kein Problem, wenn die einzelnen Länder einheitlich darauf reagieren. Dies setzt jedoch voraus, dass eine Einigkeit darüber besteht, wie auf einzelne und auf Störungen in allen möglichen Umweltzuständen reagiert wird. In der Realität besteht keine Einigkeit der jeweiligen Länder, wie die beste Reaktionsweise ist. Beispielsweise über die Abwägung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit oder der Entscheidung, ob Exporteure durch einen schwachen Wechselkurs oder die Konsumenten mit einem starken Wechselkurs zur Steigerung ihrer Kaufkraft unterstützt werden sollen. Bei unterschiedlichen Präferenzen bezüglich der wirtschaftspolitischen Ziele werden die einzelnen Länder eine voneinander abweichende Geldpolitik der

⁵⁸Es wird angenommen, dass der Faktor Kapital auf internationale Zinsunterschiede reagiert.

⁵⁹Vgl. Mongelli (2002), S.9.

⁶⁰Vgl. Konrad (2002), S.128f.

⁶¹Vgl. Egert u. a. (2004), S.76.

⁶²Vgl. Rose, Engel (2002), S.819.

⁶³Vgl. Konrad (2002), S.129.

Zentralbank fordern. Jegliche Geldpolitik der Zentralbank wird dann kontrovers diskutiert und einige, wenn nicht sogar alle Länder, sind mit der geldpolitischen Entscheidung der Zentralbank unzufrieden. Im schlimmsten Fall könnte dies zu einem Auseinanderbrechen eines Währungsraumes mit gemeinsamer Zentralbank führen.⁶⁴ Neben diesem Problem gibt es für die einheitliche Geldpolitik Probleme durch unterschiedliche Inflationsraten innerhalb eines Währungsraumes. Diese könnten aus unterschiedlichen Konsumgewohnheiten, institutionellen, strukturellen⁶⁵ und/oder konjunkturellen Gründen entstehen.⁶⁶ Wenn die Inflation in einem Land des Währungsraumes dauerhaft über denen der anderen Mitgliedsländer liegt, muss eine Anpassung der inländischen Wirtschaft erfolgen. Falls die höheren Inflationsraten nicht mit einer entsprechenden Produktivitätssteigerung verbunden sind, kommt es durch die reale Aufwertung der eigenen Währung zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition gegenüber den anderen Währungsunionsteilnehmern. Das daraus bei normaler Reaktion der Leistungsbilanz entstehende Leistungsbilanzdefizit kann nicht dauerhaft durch einen Verkauf der Devisenreserven ausgeglichen werden, so dass die Glaubwürdigkeit der festen Wechselkursanbindung abnimmt.⁶⁷ Durch eine begrenzte Menge an Devisenreserven und eine Inkonsistenz der Wirtschaftspolitik mit einer Festkursbindung besteht nach den Erklärungsansätzen von Währungskrisen der ersten Generation die Gefahr einer Zahlungsbilanzkrise.⁶⁸ Ein signifikantes Inflationsdifferential gegenüber den anderen Mitgliedsländern kann nur bei einer transitorischen Stabilisierungsphase mit schneller Desinflation und dem Wechselkurs als nominalem Anker erfolgreich sein. Es lässt sich der Schluss ziehen, dass die Kosten einer festen Wechselkursbindung umso geringer sind, je geringer die Inflationsdifferenzen innerhalb des Währungsraumes sind.⁶⁹

Fiskalpolitik: Mit dem Regime fester Wechselkurse wird die Geld- und Währungspolitik für die dauerhafte Aufrechterhaltung der festgesetzten Wechselkursparität eingesetzt. Zum Ausgleich asymmetrischer Störungen verbleibt als Anpassungsinstrument die Fiskalpolitik.⁷⁰ Insbesondere können mit staatlichen Konjunkturprogrammen sowie mit einer Steuerpolitik durch Anpassungsmaßnahmen der Steuersätze und der Bemessungsgrundlage drohende kontraktive Effekte asymmetrischer Störungen verringert werden. Damit die Fiskalpolitik als Anpassungsinstrument dauerhaft zur Verfügung steht, ist ihre Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung. Im Falle hoher Haushaltsdefizite ist die Beibehaltung eines Festkurssystems sehr schwierig und dies, obwohl der Glaubwürdigkeitseffekt durch den festen Wechselkurs als nominalen Anker für die Geld- und Währungsunion am stärksten ist. Ein hohes Budgetdefizit reduziert daher zum einen die Flexibilität der Fiskalpolitik und zum anderen erhöht sich das Risiko einer Zahlungsbilanzkrise sowie der Druck auf die Zentralbank, die Defizite zu finanzieren. Eine feste

⁶⁴Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.339.

⁶⁵Darunter fallen externe Störungen, Preiskonvergenz bei handelbaren- und nicht-handelbaren Gütern, Marktstarrheiten und strukturelle Reformen.

⁶⁶Vgl. European Central Bank (2003).

⁶⁷Vgl. Konrad (2002), S.130.

⁶⁸Vgl. Kaminsky (2003), S.3.

⁶⁹Vgl. Konrad (2002), S.130.

⁷⁰Vgl. Dieckheuer (2001), S.261f.

Wechselkursbindung ist daher umso schwieriger, je höher das Verhältnis der Neuverschuldung zum BIP ist.⁷¹

Politische Zielsetzung: Um eine Gemeinschaftswährung überhaupt einführen zu können, bedarf es eines starken politischen Willens zur Integration. Politik treibt die Bereitschaft voran, politische Verpflichtungen einzugehen, nachhaltige Politik auf unterschiedlichen Gebieten durchzuführen sowie eine verbesserte institutionelle Verbindung herzustellen. Daraus lässt sich folgern, dass die Bereitschaft der Mitgliedsländer zu einer einheitlichen politischen Willensbildung und zu Entscheidungsprozessen notwendig ist für ein erfolgreiches Währungsgebiet.⁷² Es kann vorkommen, dass zwei Volkswirtschaften mit gleichen strukturellen Bedingungen unterschiedliche Wechselkursbindungen eingehen. Aufschluss darüber gibt die Betrachtung der Zielfunktionen der einzelnen Staaten. Es gibt einen Tradeoff zwischen einer erhöhten Glaubwürdigkeit durch ein Festkurssystem und dem größeren Freiraum bei einem Regime flexibler Wechselkurse. Mit der Zielfunktion, die typischerweise eine Verlustfunktion⁷³ ist, wird die Wahl des für das jeweilige Land optimalen Wechselkurssystems getroffen. Bei differenten Zielfunktionen kann es bei sonst identischen Ländern zu unterschiedlichen Entscheidungen kommen. Eine weitere Betrachtung verdienen die Kosten, die durch eine Wechselkursaufgabe oder Paritätsänderung entstehen. Die politischen Kosten einer Wechselkursparität innerhalb eines Festkurssystems zur Reduzierung einer Überbewertung dürfte tendenziell höher sein, als wenn dies bei flexiblen Wechselkursen den Marktteilnehmern überlassen würde. Darüber hinaus erhöht sich die Wahrscheinlichkeit politischer Konsequenzen in Form einer Destabilisierung der Regierung, wenn die Währungsabwertung von politischen Entscheidungsträgern vorgenommen würde. Zusammenfassend sind die Kosten der Wechselkursbindung umso geringer, je niedriger die politischen Kosten einer Wechselkursanpassung und je geringer die politische Instabilität eines Landes ist.⁷⁴

3 Eurozone und neue EU Mitgliedsländer

3.1 Anwendung der traditionellen Kriterien

Um zu beurteilen, ob die EU und die NMS einen optimalen Währungsraum bilden, werden in diesem Abschnitt die traditionellen Kriterien und im Folgenden Abschnitt die modernen Kriterien für die NMS überprüft. Unter Einbezug der Vorteile einer Währungsunionsteilnahme für die NMS kann anschließend eine Beurteilung über deren Optimalität getroffen werden. Erst einmal wird die Erfüllung der traditionellen Kriterien überprüft.

⁷¹Vgl. Konrad (2002), S.130.

⁷²Vgl. Mongelli (2002), S.10.

⁷³Es werden mit dieser Verlustfunktion die Kosten der mit jeweils einer Gewichtung versehenen Inflation und Arbeitslosigkeit minimiert.

⁷⁴Vgl. Konrad (2002), S.131.

Arbeitsmobilität: Mit der Möglichkeit der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EU ist von der rechtlichen Seite her eine vollkommene Mobilität gewährleistet. In Bezug auf die MOEL gibt es für fünf Jahre⁷⁵ Ausnahmeregelungen, die die Arbeitskräftewanderung zwischen den NMS und der EU deutlich einschränken. Nach Ablauf dieser Übergangsregelung wird die volle Arbeitsmobilität rechtlich möglich sein.⁷⁶ Doch auch bei geltender rechtlicher Möglichkeit zur vollen Arbeitsmobilität innerhalb der EU ist eine vollkommene Mobilität in der Realität nicht zu erwarten. Vollkommene Mobilität würde bedeuten, dass Menschen sofort jegliche Vorteile bei den Verdienstmöglichkeiten ausnutzen und dorthin umziehen, wo sie am meisten verdienen. Schon diese einfache Definition ist mit Schwierigkeiten verbunden. Eine korrekte Erfassung der Größe Verdienstmöglichkeiten müsste folgende Punkte beachten: die Kosten eines Umzuges, das Risiko zukünftig arbeitslos zu werden, zukünftige Karrierechancen, Aussichten der Karriere für andere Familienmitglieder, soziale Leistungen und Besteuerung der Verdienste. Des Weiteren müssen soziale Faktoren – kulturelle Unterschiede, Familie und Freundschaften sowie die Verbindung zum Heimatland – mitberücksichtigt werden. Aus diesen Gründen kann die Arbeitsmobilität nur eine relative Größe sein, so dass ein Vergleich mit bisher bestehenden Währungsräumen nötig ist. Zum einen ist dies für die NMS die EWU und zum anderen die USA.⁷⁷ Eine umfassende Studie über die Arbeitsmobilität und die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte in den NMS gibt es bisher nicht.⁷⁸ Daher muss hilfsweise auf die Betrachtung der regionalen Ebene zurückgegriffen werden. In Tabelle 1 ist die regionale Arbeitslosigkeit in der EU12, den USA und den einzelnen NMS dargestellt.

Tabelle 1 Regionale Arbeitslosenquotendifferenzen Europa 2004 und USA 2005

	USA	EU12	NMS	CZ	EE	CY	LV	LT	HU	MT	PL	SI	SK
Gesamt	5,1	8,9	10,2	8,3	9,7	4,9	10,4	11,4	6,1	7,2	19	6,3	18,2
Anzahl der Regionen	367	255	167	22	5	1	6	10	30	2	67	12	12
Standardabweichung (in %)	1,6	6,1	6,9	3,4	4,4	-	1,3	2,5	1,8	0,1	4,1	2,1	7,0
Variationskoeffizient	0,31	0,69	0,52	0,42	0,43	-	0,12	0,22	0,28	0,01	0,21	0,33	0,40
Minimum (in %)	2,7	2,2	3,8	3,9	7,4	-	9,0	6,9	3,8	7,1	10,2	3,9	8,3
Maximum (in %)	16,0	32,8	30,9	14,6	17,9	-	12,7	16,0	10,9	7,2	30,9	9,7	26,7
Spannbreite (in %)	13,3	30,6	27,1	10,7	10,5	-	3,7	9,1	7,1	0,1	20,7	5,8	18,4

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten von Eurostat und Bureau of Labor Statistics

Die USA weisen sowohl im Niveau der Arbeitslosenquote, der Spannbreite sowie den Streuungsmaßen Standardabweichung und Variationskoeffizient deutlich niedrigere Werte auf als die EU12 und die NMS. Daraus lässt sich schließen, dass der Anpassungsmechanismus durch die Arbeitsmobilität in den USA wesentlich besser ist als in der EU12 und den NMS. Die NMS weisen gegenüber der EU12 zwar eine größere Gesamtbeschäftigungslosigkeit auf, aber die durch die Standardabweichung und den Variationskoeffizienten gemessene Streuung ist in beiden Gebieten vergleichbar. Auch die Spannbreite ist mit

⁷⁵Unter gewissen Umständen um zwei Jahre verlängerbar. Siehe Europäische Kommission (o.J.), S.7.

⁷⁶Vgl. Europäische Kommission (o.J.), S.7f.

⁷⁷Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.345.

⁷⁸Vgl. Backe, Wojcik (2002), S.9f.

30,6% in der EU12 und mit 27,1% in den NMS ähnlich. Die EU12 und die NMS weisen daher eine fast gleiche Position bezüglich der Arbeitsmobilität auf. Bei der Betrachtung der einzelnen NMS fällt auf, dass die regionalen Arbeitslosenquoten in Slowenien und Ungarn sowohl im Niveau als auch bei der Streuung mit den Werten der USA vergleichbar sind. Dann folgen Tschechien, Litauen, Estland und Lettland. Die Slowakei und Polen schneiden deutlich schlechter ab. In Malta und Zypern macht die Betrachtung von Unterschieden zwischen den einzelnen Regionen aufgrund ihrer geringen Anzahl keinen Sinn. Durch die große Streuung in der Slowakei und Polen ist die interregionale Arbeitsmobilität sogar bei kleinen geographischen Nachbarregionen sehr gering.⁷⁹ Insgesamt lässt sich feststellen, dass sowohl in der EU12 als auch in den NMS im Vergleich zu den USA die Arbeitsmobilität gering ist und mit diesem fehlenden Anpassungsmechanismus erhebliche volkswirtschaftliche Kosten in Form von Arbeitslosigkeit entstehen. Die beiden Gebiete EU12 und NMS sind jeweils kein optimaler Währungsraum nach dem Arbeitsmobilitätskriterium. Es ist davon auszugehen, dass sich die Arbeitsmobilität mit dem Beitritt der NMS zur EWU nicht erheblich verändert, bzw. verbessern wird. Von daher bilden die EWU und die NMS nach dem Kriterium der Arbeitsmobilität auch keinen optimalen Währungsraum.⁸⁰ Normalerweise kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsmobilität durch kulturelle, sprachliche sowie weiteren Barrieren interregional stärker ist als international.⁸¹ Mit der Teilnahme an der EWU dürften die Teilnahmekosten bei der geringen Arbeitsmobilität besonders in Polen und Slowakei erhebliche Probleme in Form einer Erhöhung der schon relativ hohen Arbeitslosigkeit bedeuten.⁸² In Slowenien und Ungarn dürften die Kosten am geringsten sein.

Flexibilität von Löhnen und Preisen: Bisher gibt es keine Untersuchungen über die Flexibilität der Güterpreise und Arbeitsmärkte. Insbesondere gibt es damit keine Studie über den Lohnbildungsprozess sowie die Lohnflexibilität auf den Arbeitsmärkten und keine über die Preisflexibilität auf den Gütermärkten in den NMS. Der Hauptgrund dafür liegt in der Nichtverfügbarkeit, bzw. Nichtvergleichbarkeit, der Daten.⁸³ Eine Aussage über die Erfüllung des Kriteriums der Flexibilität der Löhne und Preise lässt sich daher nicht treffen.

Offenheitsgrad: Die Offenheit einer Volkswirtschaft ist als der Teil der wirtschaftlichen Aktivität definiert, der für den internationalen Handel aufgebracht wird. Der Anteil

⁷⁹Vgl. Lavrac, Zumer (2003), S.14f. Dort wird die hier angewendete Vorgehensweise zur Beurteilung der Arbeitsmobilität für Slowenien benutzt. Für die anderen Länder ist eine analoge Vorgehensweise gewählt worden.

⁸⁰Vgl. De Grauwe, Schnabl (2004), S.242.

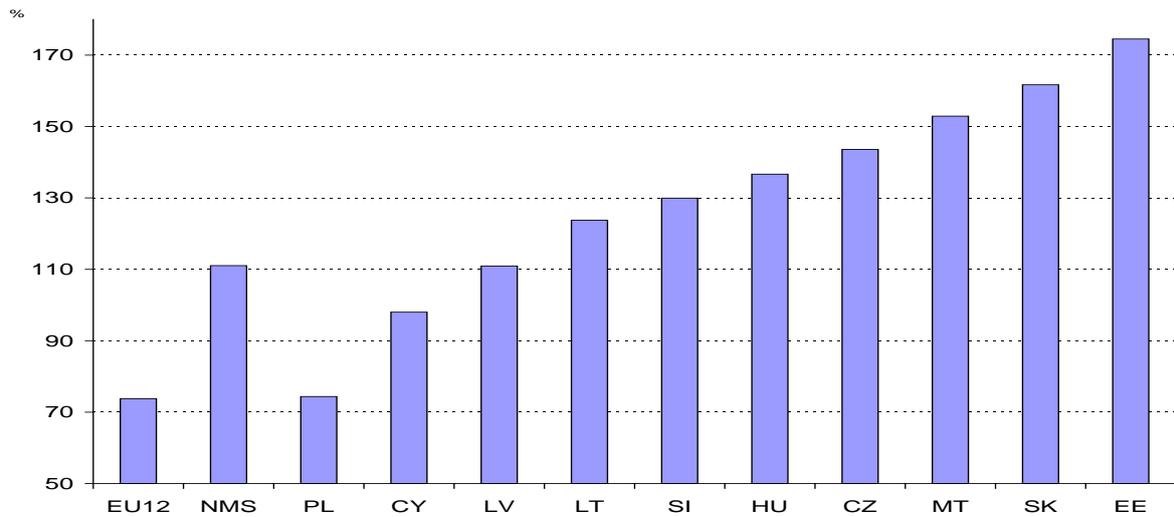
⁸¹Erhebliche Lohnunterschiede zum Westen könnten zwar einen erheblichen Wanderungsstrom auslösen. Aufgrund der Übergangsregelungen ist dies für die nächsten fünf bis sieben Jahre erheblich eingegrenzt. Vgl. Europäische Kommission (o.J.), S.7. Ob es nach dem Ablauf der Übergangsfristen überhaupt zu einem erheblichen Migrationsstrom von Ost nach West kommt, ist unsicher. Die Schätzung reichen von einer vernachlässigbar geringen bis zu einem großen Migrationsstrom. Vgl. Dickmann (2004), S.9, Straubhaar (2001), S.28 und Belke, Hebler (2002), S.128ff.

⁸²Die Differenz zwischen der Arbeitslosenquote in Polen (Slowakei) und dem NMS-Durchschnittswert beträgt 8,8% (8,0 %).

⁸³Vgl. Backe, Wojcik (2004), S.10f.

der Exporte am BIP ist der Anteil der heimischen Produktion, der exportiert wird. Mit dem Anteil der Importe am BIP wird gemessen, welcher Anteil des heimischen Konsums für Importe ausgegeben wird.⁸⁴ Mit der Summe aus wertmäßigen Exporten und Importen relativ zum BIP wird der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft definiert. In Abbildung 2 ist der Offenheitsgrad für die EU12 und die einzelnen NMS für das Jahr 2005 dargestellt. Mit einem durchschnittlichen Offenheitsgrad von 111,0% weisen die NMS einen deutlich höheren Durchschnittswert auf als die EU12 mit 73,8%.⁸⁵ Da der Offenheitsgrad der EU12 bereits als hoch einzustufen ist, kann für die NMS das Kriterium des Offenheitsgrades als erfüllt betrachtet werden.⁸⁶

Abbildung 2 Offenheitsgrad (EX+IM/BIP) 2005



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten von Eurostat

Die Höhe des Offenheitsgrades ist in den einzelnen NMS jedoch sehr unterschiedlich. Die Werte reichen von 74,4% in Polen bis 174,5% in Estland. Die Länder Polen, Zypern und Lettland weisen einen unterdurchschnittlichen Wert auf und Litauen, Slowenien, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Malta und Estland einen überdurchschnittlichen. Neben der Heterogenität ist festzustellen, dass die Werte der einzelnen NMS alle höher sind als der EU12 Durchschnitt. Neben der Betrachtung des Offenheitsgrades wird in Abbildung 3 der Anteil des Handels mit der EU am Gesamthandel in der EU15 und den NMS betrachtet,⁸⁷ die für eine Wechselkursänderung der Gemeinschaftswährung gegenüber Drittstaaten wichtig ist. Wenn der extra Währungsraumhandel groß ist, kann es bei Aufwertungen der Gemeinschaftswährung zu erheblichen Wettbewerbsproblemen kommen. Des Weiteren kommt es bei deutlich unterschiedlichen Werten zu asymmetrischen Wirkungen. Der

⁸⁴Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.343.

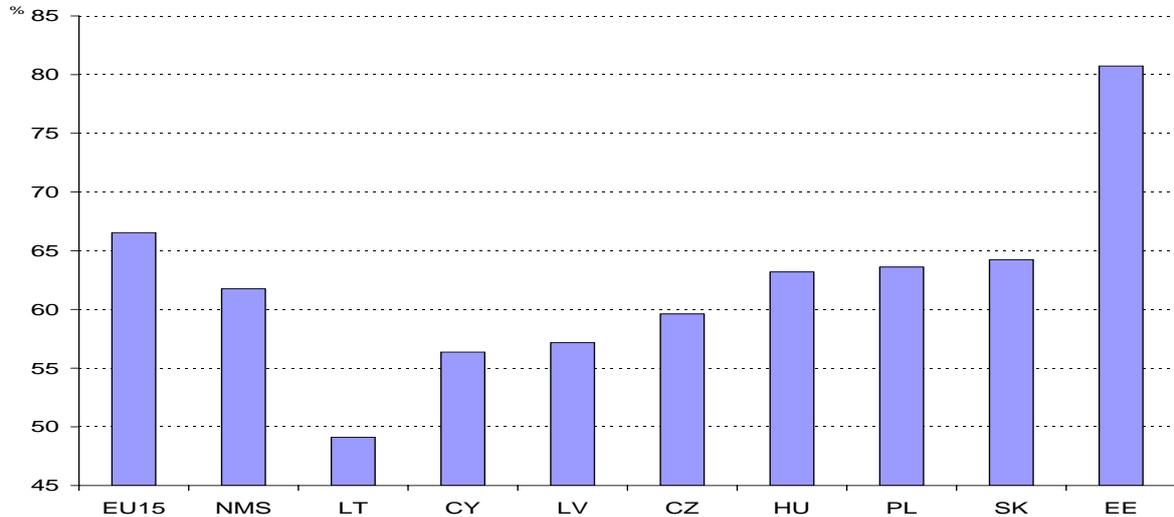
⁸⁵Die EU12 hat einen deutlich höheren Wert als die USA mit 26,7% im Jahr 2005.

⁸⁶Vgl. Nickel (2000), S.204.

⁸⁷Da die Daten für die EU12 nicht verfügbar sind, wird hier auf den Handelsanteil mit der EU15 zurückgegriffen.

Durchschnittswert des Handelsanteils mit der EU am Gesamthandel der NMS ist mit 61,8% ein wenig geringer als der der EU15 mit 66,5% und damit auf einem vergleichbaren Niveau.

Abbildung 3 Anteil des Handels mit der EU 15 am Gesamthandel 2004



Quelle: Eigene Berechnung mit Daten von Eurostat; für MT und SI sind keine Daten verfügbar

Bei den einzelnen NMS gibt es erhebliche Unterschiede. Die Werte reichen von 49,1% in Litauen bis zu 80,7% in Estland. Dabei weisen Litauen, Zypern, Lettland und Tschechien einen unterdurchschnittlichen Wert auf. Ungarn, Polen, die Slowakei, und Estland liegen über dem Durchschnitt. Für die vier unterdurchschnittlichen Länder könnte der zukünftige Beitritt zur EWU mit Problemen verbunden sein, die durch Wechselkursänderungen gegenüber Drittländern auftreten.⁸⁸ Die einzelnen NMS unterscheiden sich jedoch sehr stark, so dass es in einzelnen Ländern zu Kosten bei einem Währungsunionbeitritts kommen könnte, insbesondere in Bezug der unterschiedlichen Wirkungen der Änderung der Gemeinschaftswährung.⁸⁹

Diversifikationsgrad: Einen Aufschluss über die Ähnlichkeit der Produktionsstruktur in verschiedenen Ländern liefert die Betrachtung der Anteile der Wertschöpfung des Landwirtschafts-, Industrie- und des Dienstleistungssektors⁹⁰ am BIP.⁹¹ In Abbildung 4 sind die jeweiligen Anteile für die EU12 sowie die NMS dargestellt.

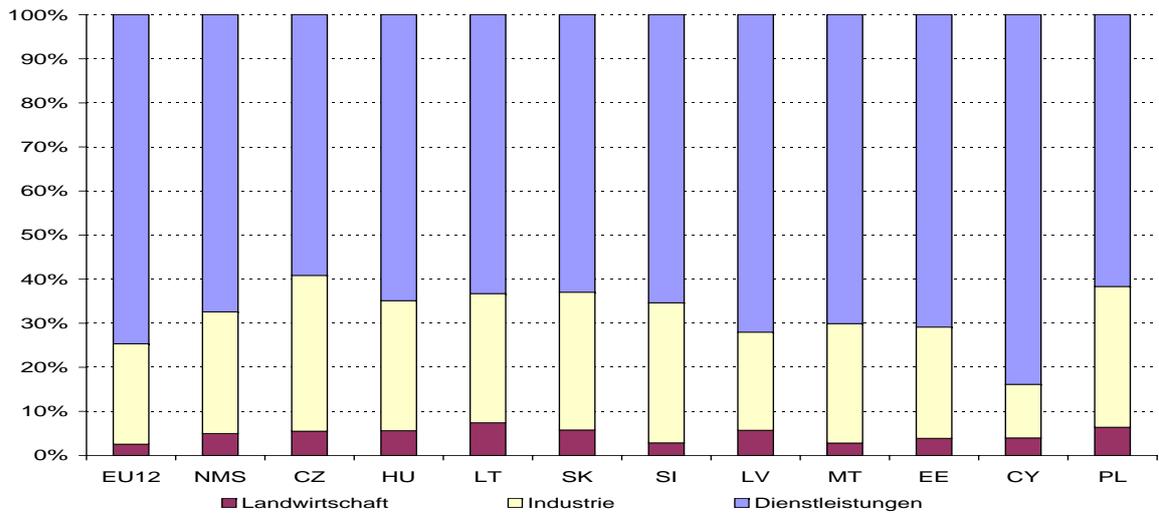
⁸⁸Vgl. De Grauwe, Schnabl (2004), S.242.

⁸⁹Vgl. Nickel (2000), S.204.

⁹⁰Ein großer Teil des Dienstleistungssektors zählt zum Sektor der nicht-handelbaren Güter. Vgl. Lavrac, Zumer (2003), S.18.

⁹¹Vgl. Nickel (2000), S.206.

Abbildung 4 Anteil der Wertschöpfung der Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen am BIP (in %) 2005



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten von Eurostat

Im Vergleich zur EU12 weisen die NMS mit 5,0% des Landwirtschaftssektors an der Wertschöpfung des BIP einen höheren Wert als die EU12 mit 2,6% auf. Im Industrie-sektor ist der Wert um 4,8% höher und beim Dienstleistungssektor um 7,2% niedriger. Insgesamt ist der Unterschied zwischen den EU12 und den NMS gering. Bei der Betrachtung einzelner Länder fällt auf, dass Tschechien, Polen, Lettland und die Slowakei am stärksten vom EU12 Durchschnitt abweichen. Unklar ist, ob der Unterschied so groß ist, dass das Diversifikationskriterium nicht erfüllt wird. Für die anderen NMS kann angenommen werden, dass kein bedeutender Unterschied zur EU12 besteht und daher von einer Erfüllung des Diversifikationskriteriums ausgegangen werden kann.

Fiskaltransfer: Innerhalb der meisten Länder besteht ein automatischer Fiskaltransfer zwischen den einzelnen Regionen. Dieser ist typischerweise das Ergebnis eines kombinierten Effekts des Steuer- und des Sozialtransfersystems. In den USA bewirkt ein solches Transfersystem bei einem Einkommensrückgang in einem Bundesstaat einen 10-40%igen Verlustausgleich durch den Zentralhaushalt. Ein solches System ist in der EU nicht vorhanden. Das EU Budget ist mit 2% viel zu klein, um so eine Funktion leisten zu können und wird zum Großteil von der gemeinsamen Agrarpolitik aufgezehrt. Jegliche Form eines Transfersystems würde eine deutliche Erhöhung des EU Budgets bedeuten. Da die politischen Entscheidungsträger nicht planen ein Transfersystem einzurichten, wird in der nahen Zukunft auch keines vorhanden sein. Damit ist das Fiskaltransferkriterium nicht erfüllt.⁹²

⁹²Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.347.

Schockart: Zunächst wird das Ausmaß von realen und nominalen asymmetrischen Schocks betrachtet. In Tabelle 2 ist die Höhe der asymmetrischen realen⁹³ und nominalen⁹⁴ Schocks zwischen den MOEL und der EU12 dargestellt.⁹⁵

Tabelle 2 Ausmaß von asymmetrischen Schocks zwischen den MOEL und der EU12

Zeitraum		reale Schocks		nominale Schocks
1992-2000	SI	0,045	SI	0,019
1993:1-2001:1	SK	0,050	SK	0,045
1991:1-2001:1	CZ	0,051	CZ	0,031
1991-2000	HU	0,074	HU	0,028
1995:1-2001:1	PL	0,079	PL	0,019
1993:1-2001:1	LV	0,091	LV	0,069
1993:1-2001:1	EE	0,093	EE	0,047
1993:1-2001:1	LT	0,124	LT	0,080
Durchschnittswert		0,076		0,042

Quelle: In Anlehnung an Stanoeva (o.J.), S.13

Die Werte in Tabelle 2 machen deutlich, dass reale Schocks größere Werte als nominale Schocks aufweisen. Dies liegt wahrscheinlich daran, dass der monetäre Bereich eine schnellere Anpassung als der reale Bereich vollzogen hat. Insbesondere verläuft die Restrukturierung des Industriesektors sehr langsam.⁹⁶ Bei den realen und nominalen Schocks weisen Slowenien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn unterdurchschnittliche Werte und damit ein geringeres Ausmaß an asymmetrischen Schocks auf. Einen überdurchschnittlichen Wert weisen Polen, Litauen, Estland und Lettland auf. Neben der Betrachtung des Ausmaßes der asymmetrischen Schocks liefert die Korrelation von Angebots- und Nachfrageschocks zwischen den MOEL und der EU12 weitere Informationen. Diese sind in Tabelle 3 aufgeführt und der Untersuchung von Fidrmuc, Korhonen (2003) und der von Frenkel, Nickel (2002) entnommen.⁹⁷

⁹³Die Höhe der realen Schocks wird durch den Betrag der Differenz der Standardabweichung des Logarithmen des Verhältnisses des BIP von Land i und j für die Perioden t und t-1 definiert. Vgl. Stanoeva (o.J.), S.4.

⁹⁴Das Ausmaß der nominalen Schocks ist als Betrag der Differenz der Logarithmen des Verhältnisses des Geldangebots für zwei Länder in den Perioden t und t-1 definiert. Vgl. Stanoeva (o.J.), S.5.

⁹⁵Vgl. Stanoeva (o.J.), S.13.

⁹⁶Vgl. Stanoeva (o.J.), S.12.

⁹⁷Beide verwenden ein vektorautoregressives Modell für die Ermittlung der Angebots- und Nachfrageschocks. Siehe Fidrmuc, Korhonen (2003), S.216ff. und Frenkel, Nickel (2002), S.9ff.

Tabelle 3 Korrelation von Angebots- und Nachfrageschocks zwischen den MOEL und der EU12

	Angebotsschocks*	Nachfrageschocks*	Angebotsschocks**	Nachfrageschocks**
CZ	0,04	-0,15	0,34	-0,24
HU	0,46	0,25	0,73	0,12
LT	-0,11	-0,49	-	-
SK	0,05	-0,05	0,18	-0,43
SI	0,15	-0,18	0,66	-0,15
LV	0,30	-0,49	0,33	-0,43
EE	0,25	0,12	0,34	-0,24
PL	0,08	0,28	-0,69	0,22
MOEL	-	-	-0,16	-0,28
Zeitraum	1991:2-2000:4	1991:2-2000:4	1995-2001	1995-2001

Quelle: In Anlehnung an * Fidrmuc, Korhonen (2003), S.222 und ** Frenkel, Nickel (2002), S.14ff.

Bei den Angebotsschocks weisen insbesondere Ungarn, Slowenien, Tschechien, Lettland und Estland einen starken positiven und Litauen einen schwachen Zusammenhang zur EU12 auf. In Litauen und Polen ist von einer negativen Beziehung zur EU auszugehen. Bei den Nachfrageschocks besteht mit Ausnahme von Ungarn, Polen und Estland (unterschiedliche Werte bei den Untersuchungen) eine negative Beziehung bei den einzelnen MOEL im Vergleich mit der EU12. Demnach ist bei Angebotsschocks überwiegend bei den einzelnen MOEL eine stärkere Ähnlichkeit mit der EU12 als bei den Nachfrageschocks vorhanden. Bei der Betrachtung der MOEL als Gesamtgruppe ergibt sich jedoch sowohl bei den Angebots- und den Nachfrageschocks eine negative Beziehung zur EU12.⁹⁸ Im Vergleich zu den EU12 Mitgliedern weisen die MOEL deutlich niedrigere Werte auf.⁹⁹ Des Weiteren verläuft die Anpassung nach dem Auftreten von Schocks in den MOEL deutlich langsamer als bei den Mitgliedern der EWU.¹⁰⁰ So ist für die MOEL insgesamt das Kriterium der Schockart nicht erfüllt. In den einzelnen Ländern ergibt sich ein unterschiedliches Ergebnis. Insbesondere Slowenien, Ungarn und Tschechien weisen eine größere Ähnlichkeit mit der EU12 auf als die anderen MOEL. Malta und Zypern werden in den verschiedenen Studien nicht mituntersucht, so dass keine Aussage darüber getroffen werden kann, ob diese beiden Länder das Schockkriterium erfüllen oder nicht.

3.2 Anwendung der modernen Kriterien

Nach der Analyse der traditionellen Kriterien im letzten Abschnitt wird nun nacheinander die Erfüllung der modernen Kriterien – Kapitalmobilität, Konjunkturzyklus, Preisstabilität, Fiskalpolitik und politische Zielsetzung – der NMS überprüft.

Kapitalmobilität: Nach Art. 56 EGV sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen Mitgliedern der EU sowie zwischen den Mitgliedern der EU und Drittstaaten verboten. Mit dem Beitritt zur EU mussten alle NMS sämtliche Kapitalverkehrsbeschrän-

⁹⁸Vgl. Frenkel, Nickel (2002), S.15.

⁹⁹Vgl. Fidrmuc, Korhonen (2003), S.221.

¹⁰⁰Vgl. Frenkel, Nickel (2002), S.21.

kungen aufheben. Damit kann von einer fast vollkommenen Kapitalmobilität ausgegangen werden.¹⁰¹ Prinzipiell ist der Ausgleich einer negativen Leistungsbilanz möglich. Mit dem Beitritt zur EWU wird die Gemeinschaftswährung Euro in den NMS eingeführt und das Ergebnis ist ein institutionell abgesichertes Festkurssystem.¹⁰² Das Kapitalmobilitätskriterium dürfte bei der zukünftigen Teilnahme an der EWU für alle NMS erfüllt sein.

Konjunkturzyklus: Die konjunkturelle Entwicklung einer Volkswirtschaft wird als die relative Abweichung des realen BIP von einem variablen Trend verstanden.¹⁰³ Die Zeitreihe des realen BIP wird nach dem von Hodrick und Prescott vorgeschlagenen Verfahren in eine Trend- und eine zyklische Komponente aufgeteilt.¹⁰⁴ In Tabelle 4 ist eine Korrelationsmatrix¹⁰⁵ der konjunkturellen Entwicklung der NMS insgesamt und den einzelnen NMS mit der EU12 dargestellt.¹⁰⁶ Diese lässt Aussagen über den linearen Zusammenhang der Konjunkturverläufe zu. Während der Wert eins einen vollkommenen Gleichlauf der Konjunkturzyklen bedeutet, steht ein Wert von minus eins für einen völlig asynchronen Verlauf. Werte zwischen Null und Eins bedeuten eine positive Beziehung der Konjunkturverläufe und Werte zwischen Null und minus Eins eine negative.

Tabelle 4 Korrelationsmatrix für 1995:Q1 bis 2005:Q4

	EU12	NMS	CY	CZ	EE	HU	LT	LV	MT	PL	SI	SK
EU12	1,00	0,63	0,33	0,19	0,70	0,73	0,24	0,33	0,34	0,82	0,72	0,22
NMS		1,00	0,43	0,40	0,44	0,76	0,55	0,28	0,53	0,46	0,48	0,27
CY			1,00	0,83	0,55	0,72	0,75	0,58	0,80	0,22	0,75	0,86
CZ				1,00	0,53	0,55	0,60	0,58	0,66	0,13	0,66	0,83
EE					1,00	0,78	0,46	0,73	0,56	0,63	0,78	0,62
HU						1,00	0,79	0,58	0,82	0,79	0,91	0,74
LT							1,00	0,42	0,85	0,38	0,68	0,79
LV								1,00	0,52	0,14	0,59	0,63
MT									1,00	0,41	0,71	0,80
PL										1,00	0,63	0,27
SI											1,00	0,72
SK												1,00

Quelle: Eigene Berechnung mit Daten von Datastream

¹⁰¹Deutsche Bank Research (2004), S.4.

¹⁰²Vor Beitritt zur EWU könnte es jedoch in einigen NMS zu erheblichen Problemen durch z.B hohe Kapitalzuflüsse (Aufwertungsdruck) oder einen starken Zustrom an Portfolioinvestitionen kommen, die plötzlich wieder abgezogen werden.

¹⁰³Vgl. Smeets (1993), S.125.

¹⁰⁴Vgl. Hodrick, Prescott (1997), S.3ff.

¹⁰⁵Ein Korrelationskoeffizient ist ein Maß für den linearen Zusammenhang zweier Variablen. Für den Wert ± 1 besteht ein funktionaler linearer Zusammenhang zwischen zwei Variablen. Der Wert 0 bedeutet kein linearer Zusammenhang. Werte zwischen -1 und +1, aber $\neq 0$, bedeuten einen stochastischen Zusammenhang der beiden Variablen. Vgl. Sachs (2002), S.490ff.

¹⁰⁶Die Berechnung wurde mit vierteljährlichen Daten des realen BIP vorgenommen. Als Glättungsparameter wurde $\lambda = 1600$ gewählt. Vgl. Hodrick, Prescott (1997), S.4ff. für die Wahl des optimalen Glättungsparameters.

Die Korrelationsmatrix liefert für Polen, Ungarn, Slowenien und Estland eine starke Ähnlichkeit der Konjunkturverläufe im Vergleich zu dem der EU12.¹⁰⁷ Für die anderen NMS besteht ein geringer positiver Zusammenhang der Konjunkturverläufe. Dabei hat Tschechien mit einer Korrelation von 0,19 den geringsten Wert. Für die NMS insgesamt besteht eine Korrelation von 0,63. Damit ist das Kriterium des Konjunkturzyklus für die NMS insgesamt erfüllt. Für die einzelnen NMS besteht für alle ein positiver Zusammenhang, dieser weist jedoch erhebliche Unterschiede auf. Für Polen, Ungarn, Slowenien und Estland dürften geringe Kosten durch einen Beitritt zur EWU aus diesem Kriterium entstehen. Deutlich höher werden diese für Tschechien, die Slowakei, Litauen, Lettland Zypern und Malta sein.

Preisstabilität: Bei den Inflationsraten gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den NMS. Lettland liegt mit einer Inflationsrate von 6,9% im Jahr 2005 deutlich über dem EU12 Durchschnitt von 2,2%. Die kleinste Inflationsrate der NMS weist Tschechien mit 1,6% auf.¹⁰⁸ Die Spannbreite von 5,3% ist in den NMS deutlich größer als in der EU12 mit 3,0%. Für die MOEL ist aufgrund des realen Aufholprozesses und strukturellen Gründen des Transformationsprozesses weiterhin ein erheblicher Inflationsdruck vorhanden. Das Kriterium der Preisstabilität dürfte für die MOEL nicht erfüllt sein. Für Malta und Zypern gibt es auch einen Inflationsdruck aufgrund des Aufholprozesses, aber keine strukturellen Gründe eines Transformationsprozesses wie in den MOEL, so dass der Inflationsdruck deutlich geringer ist als in den MOEL. Für diese beiden dürfte das Preisstabilitätskriterium daher erfüllt sein.

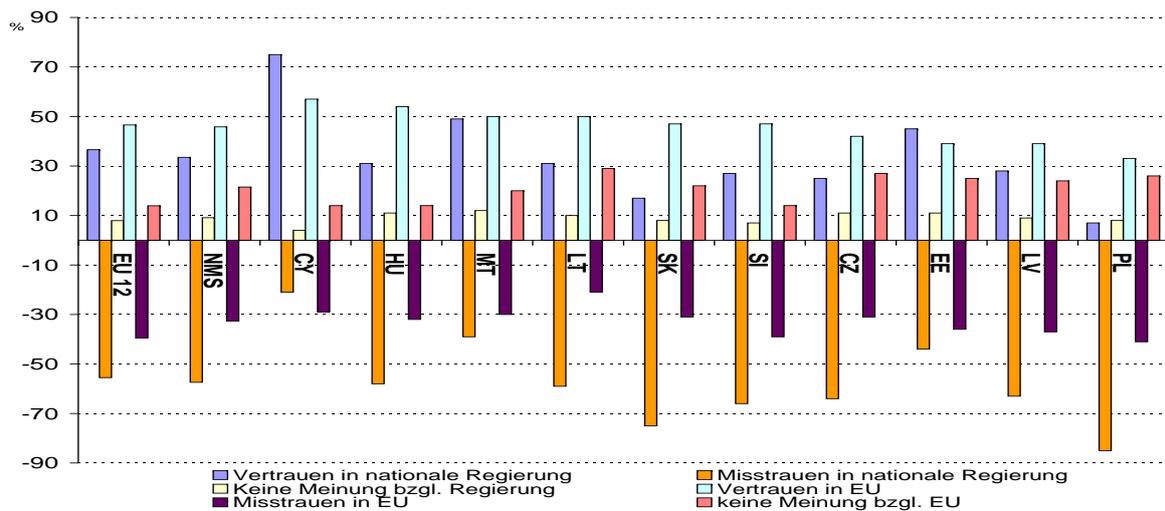
Fiskalpolitik: Die Bruttoneuverschuldung der MOEL ist im Jahr 2005 mit durchschnittlich 2,9% des BIP mit dem Wert der EU von 2,4% vergleichbar. Ungarn (6,1%), die Slowakei (2,9%) und Tschechien (2,6%) weisen dabei die schlechtesten Werte unter den MOEL auf. Mit diesen Ländern haben Malta und Zypern mit 3,3% bzw. 2,4% einen vergleichbaren Wert. Unter Hinzunahme der Betrachtung der Bruttoverschuldung, die in den MOEL mit einem Durchschnittswert von 28,8% des BIP deutlich niedriger ist als der EU12 Wert von 70,8%, dürfte es keine Probleme in den MOEL für die Fiskalpolitik geben. Malta und Zypern weisen mit 74,7% bzw. 70,3% eine ähnlich hohe Bruttoverschuldung am BIP auf wie die EU12, so dass es für Malta und Zypern zu einer Beeinträchtigung der Fiskalpolitik kommen könnte. Mit dem EU Beitritt gilt auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt für die NMS und die Beschränkung der jährlichen Bruttoneuverschuldung des Staates auf 3% des BIP. Dadurch ergeben sich Einschränkungen für die Fiskalpolitik, die nur in begrenztem Maß eingesetzt werden kann und bei starken asymmetrischen Störungen könnten nach diesem Kriterium erhebliche Anpassungskosten entstehen. Dies gilt gleichermaßen auch für die Länder der EWU.

¹⁰⁷Neben der Betrachtung des linearen Zusammenhanges durch eine Korrelationsmatrix wäre die Durchführung statistischer Tests für die Prüfung der statistischen Signifikanz des Zusammenhanges sinnvoll. Dies ist in diesem Fall problematisch, da einige Zeitreihen stationär und einige nicht stationär sind.

¹⁰⁸Die Inflationsraten der anderen NMS für das Jahr 2005: EE 4,1%, SK 2,8%, PL 2,2%, SI 2,5%, LT 2,7%, HU 3,5%, MT 2,5% und CY 2,0%.

Politische Zielsetzung: Ob die Bevölkerung der einzelnen Länder ihre Zustimmung gibt, Teile der nationalen Souveränität für ein gemeinsames Interesse abzugeben oder nicht, ist nicht in einer einfachen und allgemein akzeptierten Weise zu messen. Die Höhe des Vertrauens der Bevölkerung in die EU lässt sich als einfacher Indikator verwenden.¹⁰⁹ Das Vertrauen und Misstrauen in die EU und die nationalen Regierungen der einzelnen Länder wird in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission durch eine umfassende Befragung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern erhoben. In Abbildung 5 sind die Werte für das Jahr 2004 dargestellt.¹¹⁰ Das Vertrauen in die EU ist in den NMS vergleichbar mit der EU12, jedoch ist das Misstrauen in den NMS um 13% geringer. Sowohl in der EU12 als auch in den NMS ist das Vertrauen in die EU größer als in die jeweiligen nationalen Regierungen. In der Gruppe der NMS ist nur in Polen das Misstrauen in die EU größer als das Vertrauen. Besonders groß ist das Vertrauen in die EU in Zypern, Ungarn, Malta und Lettland. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in die nationalen Regierungen bis auf in Zypern, Malta und Estland deutlich geringer als das Misstrauen. Damit ist das Vertrauen in die EU in allen NMS größer als das in die nationale Regierung und somit die Bereitschaft der Bevölkerung, die nationale Souveränität an die EU abzugeben, in allen NMS vorhanden.

Abbildung 5 Vertrauen der Bevölkerung in die EU sowie die nationalen Regierungen 2004



Quelle: Europäische Kommission (2004).

In den letzten Jahren und in naher Zukunft ist aber davon auszugehen, dass weiterhin die nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedsländer im Vordergrund stehen und so das politische Kriterium nur zum Teil erfüllt.¹¹¹ Die quantitative Abschätzung der politischen Kosten einer Wechselkursänderung lässt sich in der Praxis nicht durchführen.

¹⁰⁹Vgl. Burda, Wyplosz (2004), S.349.

¹¹⁰Vgl. Europäische Kommission (2004).

¹¹¹Vgl. Baldwin, Wyplosz (2004), S.350.

Sie sollte aber umso geringer sein, je höher die politische Stabilität in einem Land ist. In Bezug auf die NMS ist davon auszugehen, dass diese eine hohe Stabilität besitzen. Die dafür entscheidenden funktionsfähigen Institutionen mussten im Zuge des EU Beitritts geschaffen oder vorhandene umgestaltet werden.¹¹² Das Kriterium der politischen Zielsetzung ist demnach höchstwahrscheinlich für alle NMS erfüllt.

3.3 Ergebnisse der OCA Prüfung

Nachdem in den letzten beiden Abschnitten die traditionellen und modernen Kriterien für die NMS insgesamt und einzeln geprüft wurden, sind die Ergebnisse in Tabelle 5 übersichtlich zusammengefasst.

Tabelle 5 Übersicht über Ergebnisse der OCA Prüfung

	NMS	SI	SK	CZ	HU	PL	LV	EE	LT	CY	MT
Traditionelle Kriterien											
Arbeitsmobilität	-	+	-	*	+	-	*	*	*	?	?
Flexibilität der Löhne und Preise	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Offenheitsgrad	++	++	++	++	++	++	++	++	+	++	++
Diversifikation	+	+	*	*	+	*	*	+	+	+	+
Fiskaltransfer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schockart	-	+	-	+	+	-	-	-	-	?	?
Moderne Kriterien											
Kapitalmobilität	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
Konjunkturzyklus	++	++	+	+	++	++	+	++	+	+	+
Preisstabilität	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+	+
Fiskalpolitik	++	++	++	++	++	++	++	++	++	-	-
Politische Zielsetzung	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+

dabei bedeuten: ++ erfüllt, + wahrscheinlich erfüllt, * unklar, - nicht erfüllt, ? keine Ergebnisse

Quelle: Eigene Darstellung.

Da eine genaue Quantifizierung, die Relevanz der einzelnen Kriterien relativ zu den anderen nicht bestimmbar und die Interdependenzen zwischen den Kriterien nicht zu ermitteln sind, kann nur eine tendenzielle Aussage über die Kosten der Währungsunionsteilnahme getroffen werden. Weil die NMS als Gruppe vier Kriterien nicht, bei einem Kriterium liegt kein Ergebnis vor, tendenziell zwei sowie vier Kriterien erfüllen, ist keine quantitative Aussage für die NMS über die Kosten der EWU Teilnahme möglich. Aufgrund der deutlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, wird die EWU Teilnahme für die Länder unterschiedlich hohe Kosten verursachen. Tendenziell sollten die Kosten für Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern und Malta am geringsten ausfallen. Für Polen, Lettland, Litauen, Estland und die Slowakei werden wahrscheinlich hohe Kosten entstehen. Neben der Betrachtung der Kostenseite lässt die Nutzenseite auch kein genaueres Urteil zu. Eine genaue Quantifizierung, der Eintritt und die unterschiedliche, nicht genauer bestimmbare Verteilung der Vorteile lassen sich nicht für die einzelnen Länder und auch nicht für die NMS insgesamt durchführen. Ob ein Nettovorteil für einige Länder durch den EWU Beitritt entsteht, kann nicht bestimmt werden.

¹¹²Vgl. Sadjdik, Schwarzinger (2003), S.22.

Es lassen sich jedoch zwei Gruppen bilden. Die erste Gruppe – Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern und Malta – steht deutlich besser da als die zweite Gruppe – Polen, Lettland, Litauen, Estland und die Slowakei. Diese letztere Gruppe sollte daher erst nach einem fortgeschrittenerem Konvergenzstadium, und damit zu einem späten Zeitpunkt, der EWU beitreten, da erhebliche Kosten in den einzelnen Ländern durch die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse entstehen können.

4 Fazit

Für die zehn 2004 der Europäischen Union beigetretenen Mitgliedsländern wird in den nächsten Jahren der Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion folgen. Die beitretenden Länder geben damit ihre geld- und währungspolitische Unabhängigkeit ab und damit den Wechselkurs als Anpassungsmechanismus.

Inwieweit damit volkswirtschaftliche Kosten verbunden sind, wird anhand der OCA Theorie geprüft. Es werden die traditionellen – Arbeitsmobilität, Flexibilität der Löhne und Preise, Offenheitsgrad, Diversifikationsgrad, Fiskaltransfer und Schockart – und die modernen – Kapitalmobilität, Konjunkturzyklus, Preisstabilität, Fiskalpolitik und politische Zielsetzung – Kriterien unterschieden. Nach einer Überprüfung der Einhaltung der Kriterien in den neuen Mitgliedsländern lassen sich diese in zwei Gruppen einteilen. Für die erste Gruppe bestehend aus Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern und Malta werden die Kosten des Beitritts zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion deutlich geringer ausfallen als für die zweite Gruppe bestehend aus Polen, Lettland, Litauen, Estland und die Slowakei. Die Mitgliedschaft der zweiten Gruppe zur Europäischen Währungsunion sollte demnach im eigenen Interesse dieser Länder abgewartet werden, da diese sonst erhebliche volkswirtschaftliche Kosten durch den Beitritt tragen müssen.

Durch die Überprüfung der einzelnen Kriterien der OCA Theorie lassen sich für einzelne Länder oder Ländergruppen eine qualitative Aussage über die Höhe der Kosten durch den Währungsunionbeitritt treffen. Jedoch ist eine quantitative Bestimmung der Kosten anhand der OCA Theorie nicht möglich.

5 Literaturverzeichnis

- Backe, Peter; Wojcik, Cezary (2002): „Alternative options for the monetary integration of central and eastern european eu accession countries“, In: Institute of Economic Research, Occasional Paper No. 3, 2002, <http://www.ier.si/html/publikacije/Occasional%20paper%2003.pdf> [Stand: 14.03.2006].
- Backe, Peter; Wojcik, Cezary (2004): Introduction - Monetary Integration of Central and East European Accession Countries: The Pros and Cons of Speedy versus more Gradual Strategies, Aus: Souza, Lucio Vinhas de; van Aarle, Bas (Hrsg.): The Euroarea and the New EU Member States, New York (Palgrave Macmillan) 2004. S. 1-22.
- Belke, Ansgar; Hebler, Martin (2002): EU-Osterweiterung, Euro und Arbeitsmärkte, München u.a., (Oldenbourg Verlag) 2002.
- Baldwin, Richard; Wyplosz, Charles (2004): The Economics of European Integration, New York (Mc Graw Hill Education) 2004.
- De Grauwe, Paul; Schnabl, Gunther (2004): „EMU Entry Strategies for the New Member States“, In: Intereconomics, Jg. Sep./Okt.2004.
- Deutsche Bank Research (2004): EU Monitor vom 19.März 2004, www.dbresearch.com [Stand: 03.05.2006]
- Dickmann, Nicola (2004): „Ein demographisches Porträt der osteuropäischen Beitrittsländer“, In: iw-trends 01/2004.
- Dieckheuer, Gustav (2001): Internationale Wirtschaftsbeziehungen, 5. vollständig überarbeitete Auflage, München (Oldenbourg Verlag) 2001.
- Egert, Balazs; Ritzberger-Grünwald, Doris; Silgoner, Maria Antoinette (2004): „Inflation Differentials in Europe: Past Experience and Future Prospects“, In: Monetary Policy & The Economy, Heft 1, S.50-78, Österreichische Nationalbank
- Europäische Kommission (2004): „Eurobarometer EB 61-CC-EB 2004.1“, www.europa.eu.int/comm/ [Stand: 17.05.2006]
- Europäische Kommission (o.J.): „Report on the results of the Negotiations on the accession of Cyprus, Malta, Hungary, Poland, the Slovak Republic, Latvia, Estonia, Lithuania, the Czech Republic and Slovenia to the European Union“, www.europa.eu.int/com [Stand: 14.05.2006]
- European Central Bank (2003): „Inflation differentials in the euro area: potential causes and policy implications“, www.ecb.int [Stand: 02.05.2006]
- Fidrmuc, Jarko; Korhonen, Iikka (2003): Optimal currency area between the EU and accession countries: the status quo, Aus: Tumpel-Gugerell, Gertrude; Mooslech-

- ner, Peter (Hrsg.): *Economic Convergence and Divergence in Europe*, Cheltenham, Northampton (Edward Elgar Publishing) 2003. S. 209-230.
- Frankel, Jeffrey A.; Rose, Andrew K. (1998): „The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria“, In: *Economic Journal*, 1998, <http://www.faculty.haas.berkeley.edu> [Stand: 19.03.2006]
- Frenkel, Michael; Nickel, Christiane (2002): „How symmetric are the shocks and the shock adjustment dynamics between the Euro area and Central and Eastern European countries?“, In: *IMF working paper*, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2002/wp02222.pdf> [Stand: 15.03.2006]
- Hodrick, Robert J.; Prescott, Edward C. (1997): „Postwar U.S. Business Cycles: An Empirical Investigation“, In: *Journal of Money, Credit, and Banking*, 29. Jg. (1997), H. 1, S. 1-16.
- Jochimsen, Reimut (1998): *Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, 2. Auflage, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 1998.
- Kaminsky, Graciela L. (2003): „Varieties of Currency Crises“, In: *NBER Working Paper*, Jg. 2003, <http://www.nber.org/papers/w10193> [Stand: 12.05.2006]
- Kenen, Peter B. (1969): *The Theory of Optimum Currency Areas: An Eclectic View*, Aus: Mundell, Robert A.; Swoboda, Alexander K. (Hrsg.): *Monetary Problems of the International Economy* (The University of Chicago Press) 1969.
- Konrad, Ingo (2002): *Zur Integration ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder in die währungspolitische Ordnung Europas*, Frankfurt a.M. (Peter Lang Verlag) 2002. (= CEGE Schriften 2)
- Lavrac, Vladimir; Zumer, Tina (2003): „Exchange Rate Regimes of CEE Countries on the way to the EMU: Nominal Convergence, Real Convergence and Optimum Currency Area Criteria“, In: *Ezoneplus Working Paper*, Jg. 2003, <http://www.ezoneplus.org/archiv/ezoneplus-wp-fifteen.pdf> [Stand: 15.03.2006]
- McKinnon, Ronald (1963): „Optimal Currency Areas“, In: *American Economic Review*, 53. Jg. (1963), S. 717-724.
- McKinnon, Ronald (2001): „Optimum Currency Areas and the European Experience“, Oktober 2001, <http://www.stanford.edu/~mckinnon> [Stand: 19.03.2006].
- Mongelli, Francesco Paolo (2002): „„New“ views on the optimum currency area theory: what is EMU telling us?“, In: *ECB Working Paper Series*, www.ecb.int [Stand: 16.03.2006]
- Mundell, Robert A. (1961): „A Theory of Optimum Currency“ Areas, In: *American Economic Review*, 51. Jg. (1961), S. 657-664.

- Nickel, Christiane (2000): European Monetary Union and the CEECs - Who is in and who is out, Aus: Rübél, Gerhard (Hrsg.): Real and monetary issues of international economic integration, Berlin (Duncker & Humblot GmbH) 2000. (=Schriften zu internationalen Wirtschaftsfragen 28) S. 201-221.
- o.V. 2006: Slowenien bekommt den Euro 2007, In: FAZ vom 17.Juni 2006, Nr. 138, S. 12
- Rose, Andrew K.; Engel, Charles (2002): „Currency Unions and International Integration“, In: Journal of Money, Credit, and Banking, 34. Jg. (2002), H. 3, S. 804-826, <http://www.ssc.wisc.edu/~cengel/PublishedPapers/Rose-Engel.pdf> [Stand: 19.03.2006].
- Sachs, Lothar (2002): Angewandte Statistik: Anwendung statistischer Methoden, 10. überarbeitete Auflage, Berlin, Heidelberg, New York (Springer Verlag) 2002.
- Sadjdik, Martin; Schwarzingler, Michael (2003): Die EU Erweiterung: Hintergrund, Entwicklung, Fakten, Wien (Verlag Österreich) 2003.
- Smeets, Heinz-Dieter (1993): Monetäre Integration: Vom EWS zur Währungsunion, Aus: Gröner, Helmut; Schüller, Alfred (Hrsg.): Die Europäische Integration als ordnungspolitische Aufgabe, Stuttgart u.a. (Gustav Fischer Verlag) 1993. (=Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen 43) S. 97-146.
- Stanoeva, Guergana (o.J.): „The Theory of Optimum Currency Areas : an Application to Ten Central and East European Countries“, <http://sceco.univ-aix.fr/cefi/colloques/stanoeva.pdf> [Stand: 19.03.2006]
- Straubhaar, Thomas (2001): „Ost-West-Migrationspotential: Wie groß ist es?“, HWWA Discussion Paper 137, www.hwwa.de [Stand: 25.05.2006]
- Terlau, Wiltrud (2004): „Theorie optimaler Währungsräume - EWU und USA im Vergleich“, In: WISU, Jg. 2004, H. 1, S. 104-109.
- Weimann, Marco (2003): „OCA theory and EMU Eastern enlargement: An empirical application“, In: Deutsche Bank Research notes working paper series, Jg. 2003, H. 8, S. 33, www.dbresearch.com [Stand: 9.05.2006]

Diskussionsbeiträge des Institutes für Ökonomische Bildung

(bisher erschienen)

Diskussionsreihe Ökonomische Bildung

- Diskussionsbeitrag Nr. 1:** Der sozialökonomische Beitrag zur Umweltbildung
Gerd-Jan Krol/ Jan Karpe/ Andreas Zoerner
Februar 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 2:** Moderne Ökonomik und Moderne Kunst – Ein Beitrag zur ökonomischen und ästhetischen Werteentwicklung moderner Kunst
Jan Karpe/ Mirco Derpmann
Mai 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 3:** Der sozialökonomische Ansatz der Umweltbildung – Grundlagen und Praxis der Umsetzung im Unterricht
Gerd-Jan Krol/ Thomas Hönemann
(Mit Unterrichtsbeispielen für die Sekundarstufen I und II von Anne Zumkley und Thomas Hönemann)
November 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 4:** Freiwilligkeit – Zwang – Anreize. Bemerkungen zu strategischen Ansatzpunkten der Umweltpolitik
Gerd-Jan Krol
November 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 5:** Environmental Problems, Morals und Incentives in Modern Societies
Gerd-Jan Krol
Januar 2000
- Diskussionsbeitrag Nr. 6:** Ökonomische Bildung in der modernen Gesellschaft
Gerd-Jan Krol/ Jan Karpe/ Andreas Zoerner
August 2001
- Diskussionsbeitrag Nr. 7:** Eine ökonomische Analyse des Marktes für Klima- und Lüftungstechnik – Aktueller Stand und Zukunftsperspektiven in der Baubranche
Alexander Herrmann
März 2002

Ab 2005:

IÖB-Diskussionspapiere

- IÖB-Diskussionspapier Nr. 1/05:** Eliteuniversität Münster?!
Alexander Dilger
März 2005
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 2/05:** Macro-Analysis of Transfer Fees and Investments in Sports
Alexander Dilger
Dezember 2005
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 1/06:** Standards für die Lehrerbildung in der ökonomischen Bildung
Krol, G.-J./ Loerwald, D./ Zoerner, A.
April 2006
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 2/06:** Jugend – Ernährungsstil – Bildung: Zu den Perspektiven einer lebensstilorientierten Didaktik
Norman, K. v.
April 2006
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 3/06:** Taschengeld und Sparverhalten bei Grundschulkindern: Eine empirische Untersuchung in Nordwestdeutschland
Dubbert, N./Hufnagel, R.
Juli 2006

IÖB-Diskussionspapier Nr. 4/06:

Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung
Peters, H.
Juli 2006

Herausgeber:
Institut für Ökonomische Bildung
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Schlossplatz 4
48149 Münster
Tel: 0251/ 83-24303
Fax: 0251/ 83-28429

www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb

